gesellschaftlichen Organisationen auf der Grundlage dieser Anordnung gesonderte Festlegungen getroffen.

§ 2

Eintragungspflicht

(1) Die Hoch- und Fachschulen sind verpflichtet, sich in das Register der Hoch- und Fachschulen (nachfolgend Register genannt) eintragen zu lassen.

(2) Zur Sicherung der Aktualität der Registereintragungen sind die Hoch- und Fachschulen verpflichtet, Veränderungen eintragungspflichtiger Tatsachen in das Register eintragen zu lassen.

§ 3

Führung des Registers

Das Register wird beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen geführt.

§ 4

Inhalt des Registers

(1) In das Register der Hochschulen sind einzutragen:

1. Name der Hochschule (einschließlich des Ehrennamens)
2. Sitz
3. Gründungsdatum (evtl. auch Datum der Wiedereröffnung bzw. Umbenennung)
4. übergeordnetes Organ
5. zur Vertretung der Hochschule gesetzlich befugte Personen
6. die Fakultäten des Wissenschaftlichen Rates
7. die Fakultäten, die nach 1945 bis zur Sektionsgründung bestanden
8. die Sektionen und die Fachrichtungen, in denen aus- und weitergebildet wird
9. die den Sektionen gleichgestellten Einrichtungen
10. die Kliniken und medizinischen Institute an den Universitäten und Medizinischen Akademien
11. die akademischen Grade, die von der Hochschule verliehen werden, sowie andere Hoch- und Fachschulabschlüsse, die an der Hochschule erworben werden
12. Fachschulen bzw. Fachschulabteilungen an Hochschulen.

(2) In das Register der Fachschulen sind einzutragen:

1. Name der Fachschule (einschließlich des Ehrennamens)
2. Sitz
3. Gründungsdatum
4. übergeordnetes Organ
5. zur Vertretung der Fachschule gesetzlich befugte Personen
6. die Fachrichtungen, in denen aus- und weitergebildet wird
7. die Berufsbezeichnungen, die verliehen werden.

§ 5

Wirkung der Eintragung

Die Eintragungen im Register gelten als Beweis für die eingetragenen Tatsachen.

§ 6

Antragstellung

(1) Anträge auf Eintragung sowie auf Änderung und Ergänzung von Eintragungen sind vom Rektor der Hochschule bzw. Direktor der Fachschule an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen schriftlich in zweifacher Ausfertigung zu stellen. Anträge von Hoch- und Fachschulen, die nicht dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen unterstehen, sind über die Leiter der zuständigen Staatsorgane dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen zuzuleiten und von diesem zu bestätigen.

(2) Die Anträge sind unverzüglich; spätestens innerhalb von 4 Wochen nach Eintritt der eintragungspflichtigen Tatsache zu stellen.

§ 7

Hinterlegung von Statuten

Die Hoch- und Fachschulen haben mit dem Antrag auf Eintragung ihr Statut im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen zu hinterlegen. Das gilt entsprechend bei der Änderung von Statuten.

§ 8

Mitteilung über die Eintragung

Die Hoch- bzw. Fachschule erhält eine Mitteilung über die erfolgte Eintragung.

§ 9

Einsichtnahme und Auskunftserteilung

(1) Zur Einsichtnahme in das Register oder die hinterlegten Statuten sind neben den gesetzlichen und bevollmächtigten Vertretern der Hoch- und Fachschulen berechtigt:

1. die gesetzlichen und bevollmächtigten Vertreter anderer Hoch- und Fachschulen,
2. die Leiter und bevollmächtigten Vertreter der übergeordneten Organe,
3. die Leiter zentraler Staatsorgane, die Vorsitzenden der örtlichen Räte sowie deren bevollmächtigte Vertreter.

(2) Auszüge und Abschriften aus dem Register erhalten nur die eingetragenen Hoch- bzw. Fachschulen sowie die im Abs. 1 genannten Institutionen.

(3) Andere Personen erhalten Auskunft, wenn sie ein begründetes Interesse nachweisen.

§ 10

Diese Anordnung tritt am 15. Oktober 1983 in Kraft,

Berlin, den 13. September 1983

Der Minister für Hoch- und Fachschulwesen

Prof. Dr. h. c. B ö h m e

Anordnung Nr. 2¹

über das Keltern einheimischer Obstarten

vom 5. Oktober 1983

Zur Änderung der Anordnung vom 2. September 1982 über das Keltern einheimischer Obstarten (GBl. I Nr. 36 S. 609) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane folgendes angeordnet:

§ 1

Der § 7 Abs. 6 der Anordnung wird wie folgt ergänzt:

„Die Differenz zwischen EVP und dem tatsächlich gezahlten Preis (IAP bzw. GAP) ist von den Keltereien nach Abzug nachweislicher Kosten an den Staatshaushalt abzuführen.“

§ 2

Der § 9 der Anordnung erhält folgende Fassung:

„§ 9

Sammelstellen und Transportkosten

(1) Ist als Ort für die Übergabe der Rohstoffe und der Leerflaschen sowie für die Abholung des Fertigerzeugnisses eine Sammelstelle vereinbart, ist die Kelterei berechtigt, für die von ihr erbrachten Mehraufwendungen ein Entgelt bis zu 0,06 M je Flasche des abgefüllten Fertigerzeugnisses zu fordern.

(2) Werden auf Wunsch des Bürgers die Abholung der Rohstoffe und Leerflaschen sowie/oder die Anlieferung der Fertigerzeugnisse beim Bürger direkt oder über eine Sammelstelle der Kelterei vereinbart, ist die Kelterei berechtigt, die

¹ Anordnung (Nr. 1) vom 2. September 1982 (GBl. I Nr. 36 S. 609)